

Vorrang für Zivil? Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft auf Friedenspolitik

Christiane Lammers

Friedensbewegung und Friedensarbeit

Das Bild der für den Frieden aktiven Bürgergesellschaft ist öffentlich vermutlich vor allem durch Eindrücke von Friedensdemonstrationen, wie z.B. die alljährlichen Ostermärsche, und eindeutige antimilitaristische Positionen und Aktionen geprägt. Neben diesen Aktivitäten, die nach wie vor ihren Stellenwert für die Aktiven haben, jedoch längst nicht mehr soviel öffentliche Aufmerksamkeit erhalten, gibt es inzwischen eine Vielzahl an Projekten, die sowohl im Ausland als auch im Inland konkret gewaltfrei in Konfliktsituationen »eingreifen«.

Friedensarbeit vor Ort hat zwar durchaus eine weit zurückreichende Tradition (z. B. in Versöhnungsarbeit, Solidaritätsprojekte, Menschenrechtsarbeit), aber erst in den 90er Jahren wurde in Deutschland konzeptionell und organisatorisch die Zivile Konfliktbearbeitung als politische Alternative und als Handlungsrahmen der gewaltfreien Konfliktintervention entwickelt. Der Begriff »zivil« ist in seinem Gebrauch dabei schillernd: Mal geht es um die Betonung des Nichtmilitärischen, mal um die Gebundenheit an zivilgesellschaftliche Akteure. Herausgebildet hat sich inzwischen ein weites Netzwerk an Organisationen, eine Vielzahl an Methoden und Aktivitäten, ein Arbeitsfeld, das mit der Menschenrechts- und Entwicklungsarbeit, der humanitären Hilfe, der Friedens- und Konfliktforschung und der Friedensbewegung verbunden ist.

Das ursprünglich friedenspolitische Engagement, bürgerschaftlich, humanitär und/oder religiös motiviert, ist eingeflossen in eine Professionalisierung von Friedenspraxis, die auch staatlicherseits unterstützt wird. Im Bundeshaushalt sind z.B. seit mehreren Jahren für den Zivilen Friedensdienst Finanzierungsmittel enthalten, das Auswärtige Amt unterstützt über das Programm zivil zivilgesellschaftliche Projekte, die Deutsche Stiftung Friedensforschung kann durch das staatlich zur Verfügung gestellte Stiftungskapital Projekte der Friedensforschung finanzieren.

Also eine Erfolgsstory? Ein schon oberflächlicher Blick auf die »Friedenspolitik« Deutschlands genügt, um starke Zweifel zu erzeugen: nicht weniger, sondern mehr Soldaten/innen sind heute im Vergleich zu den 90er Jahren im Einsatz; der Rüstungsexport ist deutlich angestiegen; sicherheits- nicht friedenspolitische Interessen fokussieren die Außenpolitik.

Hinzu kommt die Kriegserfahrung, dass die Konfliktsituationen komplexer sind als man sich vor den Einsätzen hat eingestehen wollen. In Kriegsgebieten und sog. Failed States funktionieren nicht nur die staatlichen Organe

nicht rechts- und sozialstaatlich, sondern die Gesellschaften sind in ihrem Kern ihres gemeinschaftlichen Zusammenlebens erschüttert. Nach wie vor wird dies auch in der deutschen Außenpolitik nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Nationale wie multinationale Akteure operieren notwendigerweise in ihren je eigenen staatlichen und bürokratischen Gesetzmäßigkeiten.

Zivilgesellschaftliche Kompetenzen und Strukturen sind vonnöten, aber bisher nicht in einem Umfang erschlossen und aktiviert, so dass sie Größeres bewirken und bewegen könnten. Die staatlich zur Verfügung gestellten Mittel haben keinen Paradigmenwechsel eingeleitet. Nach anfänglichem Optimismus wird die Wirkungsbegrenztheit auch innerhalb der zivilen Organisationen wahrgenommen und diskutiert. Eine weitere Entwicklung hat eingesetzt, vor der zuvor Teile der Friedensbewegung immer wieder gewarnt hatten: Staatliche Akteure sind nicht nur darauf ausgerichtet ihr Handlungssystem zu generalisieren, sondern sie vertreten durchaus auch Dominanzansprüche, gerade wenn staatliche Gelder fließen. Die sog. Afghanistan-Faszilität, in der es eine Bindung der finanziellen Projektförderung für Hilfsorganisationen an die politische Opportunität gab, ist in ihrer Klarheit sicherlich eine Ausnahme, sie macht das allgemein vorhandene, latente Problem besonders deutlich: Können staatliche Mittel in Projekte fließen, die allein gesellschaftlich verantwortet werden? Wie funktioniert das Dreieck Gesellschaft – Staat – Politik im Bereich der Außenpolitik? Welche Möglichkeiten hat die Zivilgesellschaft im Sinne einer friedenspolitischen Orientierung der politischen Strategien Einfluss zu nehmen, welche Kompetenzen, Kapazitäten und Organisationsformen erhöhen die politischen Wirkungsmöglichkeiten für die Zivile Konfliktbearbeitung?

Vorrang für Zivil – aber wie?

Dieses ist in wenigen Absätzen die Hintergrundfolie, auf der die Tagung »Vorrang für Zivil – aber wie? Staatliche Krisenpolitik und die Strategiefähigkeit der deutschen Zivilgesellschaft« in der Ev. Akademie Loccum im Nov. 2011 stattfand. Eingeladen waren Mitdiskutanten/innen von Friedens- und entwicklungspolitischen Netzwerken und Organisationen, deren Arbeit insbesondere auf der Schnittstelle zwischen Politik und Praxis angesiedelt ist.

Im Folgenden wird dem Leser/der Leserin ein Einblick in die Überlegungen und Gedankenstränge dieser Tagung vermittelt, die zwar keine systematischen, aber doch sehr relevante Einschätzungen und Antworten auf die genannten Fragen enthalten.

Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Akteure zur Konfliktintervention in externen Konflikten

Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Leiter der Akademie für Konflikttransformation im Forum Ziviler Friedensdienst, machte deutlich, dass für zivilgesellschaftliche Akteure in der Friedensarbeit vor Ort Motivation und Ambitionen ihres Handelns bestimmend sind. Um jedoch die eigenen Ziele erreichen zu können, ist dringend konflikttheoretisches und Transformationswissen erforderlich. Bislang verfüge man über Transformationsan-

nahmen, denen aber die Verbindung zu Konflikttheorien fehle. Ebenso mangle es an strategischer Kapazität in der Zivilgesellschaft, um Transformationsstrategien zu entwickeln, an Wissensmanagement, um Lehren aus Transformationsprozessen zu ziehen, und an überprüfbaren Wirkungshypothesen, um die Strategieentwicklung zu leiten. Wenn man weg von einer Nischenpolitik hin zu einer Politik wolle, die Entscheidungsträger erreiche und überzeuge, müsse man aber über solches Handlungswissen verfügen. Es reiche bei weitem nicht aus, auf Basis von gesinnungsethischer Orientierung und Transformationsglauben zu argumentieren.

Dabei hat die Zivilgesellschaft viel anzubieten: Sie kann Dinge leisten, die der Staat nicht kann. Handlungsspielräume bestehen hier nicht auf der Makro-Ebene, sondern besonders in Mikro-Strukturen. Im Sinne der Etablierung einer Kultur der Gewaltfreiheit kann Zivilgesellschaft zu einem Haltungswandel und positivem Frieden beitragen, indem sie dauerhafte Konfliktbeilegung durch Teilhabe und Partizipation im Kleinen fördert. Insbesondere dritte, externe Akteure können, so die Erfahrung, (Konflikt-) gruppenübergreifende Dialoge ermöglichen.

Wenn man davon ausgeht, dass Gewalt auch durch das Fehlen institutionalisierter Prozesse zur Interessenorganisation entsteht, gilt es, die Strukturen, Arten und Möglichkeiten zur Interessenvermittlung zu verändern. Zentrale Aufgaben der Friedensarbeit sind also Empowerment und Netzwerkbildung. Da Verhaltensänderungen in der Breite Öffentlichkeit erfordert, muss Friedensarbeit Akteure ebenso in ihrer Kommunikation unterstützen, wie auch Medienstrukturen gestalten.

Dilemma des Pragmatismus im Konkreten vs. des Pazifismus im Grundsätzlichen

Dr. Albert Fuchs, Mitglied der Pax Christi-Kommission Friedenspolitik, widmete sich dem Dilemma zwischen gesinnungsethischer, pazifistischer Orientierung und pragmatischer Friedensarbeit. Hieran knüpfte er die Frage an, wie zivilgesellschaftliche Organisationen in der Konflikt- und Friedensarbeit aktiv sein können, ohne zur Durchsetzung ihnen fremder, staatlicher sicherheitspolitischer Ziele in Dienst genommen zu werden.

Die dem Staat eigene Interessenspolitik sowie die Gewaltkomponente staatlichen Handelns bleibe immer ein Problem für die Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft. Es könne aber ein Common Ground, eine gemeinsame Basis, geschaffen werden, wenn der eindeutige Vorrang für gewaltfreie Intervention durch zivilgesellschaftliches Engagement etabliert würde. Anknüpfungspunkte dazu bietet die konsequente Orientierung an der UN-Charta. So dürfe Gewalt nur im gemeinsamen Interesse, also der zivilen und staatlichen Kräfte, angewendet werden. Das Prinzip der Menschlichen Sicherheit erfordere eine Individualisierung von Sicherheit, die traditionellen staatszentrischen Sicherheitsinteressen widerspreche. Heinemann-Grüder fügte den genannten Bedingungen des Common Ground »Do No Harm« (durch eigenes Handeln keinen Schaden anrichten) als obersten Grundsatz hinzu. Basis dieses Common Ground seien die Menschenrechte, denen zufolge Gewaltanwendung nur durch die Schutzverantwortung legitimiert werden könne.

Fuchs machte weiterhin deutlich, dass das Ziel für die Zivilgesellschaft immer die Abschaffung und Überwindung von Militär und Krieg sein müsse, es reiche nicht aus, lediglich grundsätzliche Gewaltfreiheit einzufordern. Er sprach sich daher für eine Doppelstrategie aus, die zum einen staatliche Politik mitgestalten und da-

durch zivilisieren will und zum anderen durch Graswurzelpolitik die Abkehr von militärischer Gewalt einfordert. Voraussetzung für eine Zusammenarbeit sei die klare Perspektive, dass Gewalt durch das zivilgesellschaftliche Engagement reduziert wird. Staatliche Partner könnten so auch von gewaltfreiem Handeln überzeugt werden. Eine solche Doppelstrategie erlaube eine graduelle Übersetzung von Gewaltfreiheit in staatliche Politik und eben dieser Innovationseffekt, der nur von der Graswurzelebene kommen könne, gestatte den Widerspruch zu grundsätzlichen pazifistischen Prinzipien.

Ein Common Ground müsse, dieser Gedanke entwickelte sich in der Diskussion der Workshopteilnehmenden, aber auch innerhalb der zivilgesellschaftlichen Kräfte entwickelt werden, um gegenüber staatlichen Akteuren ein wirksames, gemeinsames Potenzial entfalten zu können. Grundlage sei eine konzeptionelle Corporate Identity. Elemente einer solchen Identität seien eine alternative Orientierung für die deutsche Sicherheits- und Friedenspolitik sowie ein reflektiertes Selbstbewusstsein darüber, welches die eigenen Handlungs- und Wirkungspotentiale sind.

Gesprächskonstellationen zum Austausch zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Die bisher durchgeführten Gespräche zu den Themen vernetzte Sicherheit und zivil-militärische Zusammenarbeit wurden als problematisch beurteilt, weil bestimmte Fragen seitens der Exekutiven tabuisiert wurden und lediglich mittelrangige Regierungsvertreter ins Gespräch mit der Zivilgesellschaft traten. Solange der Austausch nur mit der Arbeitsebene der Regierung stattfindet, kann nicht von einer Mitgestaltungsmöglichkeit bei der politisch-strategischen Planung, sondern lediglich der Umsetzung bestehender, d.h. vorgegebener Strategie ausgegangen werden. Auch bei einem parlamentarisch gut verankerten Workshop des Bundestags-Unterausschusses für Zivile Krisenprävention waren die Ministerien nur von der Arbeitsebene vertreten und beteiligten sich folglich nicht an der Klärung offener politischer Fragen. Problematisch wurde auch der seitens der Bundesregierung 2004 ins Leben gerufene zivilgesellschaftliche Beirat für zivile Krisenprävention beurteilt, da hier zwar Parlament, Zivilgesellschaft und Regierung zusammen kommen, aber mangels Mandat des Gremiums und schlechter strategischer Aufstellung der zivilgesellschaftlichen Vertreter, keine politische Relevanz entfaltende Diskussionen stattfinden.

Aus diesen verschiedenen Erfahrungen wurden in der Tagung u. a. drei Schlussfolgerungen gezogen: Die Zivilgesellschaft muss sich noch stärker das Parlament und seine Strukturen zu Bündnispartner machen; die Bundestagswahl 2013 bietet den Rahmen, um konkrete politische Vorschläge über die Parteien in den Koalitionsvertrag einfließen zu lassen; jedoch erst durch die Zusammenführung von Problemen und Lösungen und durch die interne strategische Abstimmung wird die Zivilgesellschaft ihre Anliegen wirkungsvoll einbringen können.

Strategische Möglichkeiten der Zivilgesellschaft zur Beeinflussung staatlicher Politik

Nach der konzeptionellen Klärung des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft am ersten Tag wandte sich der Workshop den strategischen Möglichkeiten der Zivilgesellschaft zur Beeinflussung staatlicher Politik zu. Hierzu stellten Mitarbeitende verschiedener Organisationen aus der Friedens- und Entwicklungsarbeit die Spezifika ihrer Arbeit dar, die sich daraus ergebenden Diskussionen werden ebenfalls skizziert. Um eine eingehende Übersicht über die Arbeit der Organisationen zu erhalten wird empfohlen, sich über die angegebenen Webseiten zu informieren.

Die entwicklungspolitische Lobbyorganisation ONE

Andreas Hübers von der entwicklungspolitischen Lobbyorganisation ONE (www.one.org) plädierte dafür, die Lobby-Arbeit der Zivilgesellschaft zu professionalisieren. Hier kann man durchaus von großen Verbänden wie dem Bund deutscher Industrie (BDI) lernen. So nutzt ONE Agenturen für politische Kommunikation, um Kampagnen und Kommunikationsstrategien entwickeln zu lassen. Es ist hilfreich, die Kampagnen auch thematisch weiter entfernter Verbände für Ideen und Anknüpfungspunkte zu verfolgen, wie auch auf eher »unangenehme« Organisationen zuzugehen. Primäre Ansprechpartner für ONE sind das Parlament und die Ministerien. ONE kann auf 36.000 Unterstützer in Deutschland zählen, die über one-click Petitionen, Anrufaktionen, Vorträge und die Medien in die Kampagnenarbeit einbezogen werden. Nach Einschätzung von ONE bringt die Ansprache durch Lobby-Briefe wenig; darauf solle man lieber verzichten und sich dafür Zeit für 20 zusätzliche Anrufe und Gespräche nehmen. Die Schnittstelle zur Zivilgesellschaft stellt ein extern und vielfältig besetztes Board bei ONE her, das sowohl Anregungen aus der Bürgergesellschaft in die Kampagnenarbeit einbringt als auch Kampagnen in die Community trägt.

Als reine Lobbyorganisation ohne eigene Projektarbeit oder Fundraising ist ONE staatlichen Stellen gegenüber unabhängig und tritt auch nicht mit anderen NROs bei Spendensammlungen oder Projektförderung in Konkurrenz. Dieses Modell ähnelt der Arbeit von Greenpeace und Amnesty International. Es besteht eine Vernetzung mit VENRO- Arbeitskreisen und ein guter Austausch mit den Lobbyisten der großen Hilfswerke.

Bei der Auswahl von Themen orientiert sich ONE am potenziellen Mehrnutzen neuer Projekte und ihren Durchsetzungschancen. Dabei operiert die Organisation meistens als Agenda-Nehmer oder »Surfer«, da sie selbst kein eigenes Agenda-Setting betreibt. Als einen Kampagnen-Erfolg strich Hübers das Versprechen des G8 Gipfels heraus, \$50 Mrd mehr für Armut und Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Der Follow-up Prozess hierzu beschäftigt ONE wie eine neue Kampagne für verpflichtende Transparenz im Rohstoffsektor.

Das Netzwerk Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Organisatorisch völlig anders aufgestellt ist die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (www.konfliktbearbeitung.net), die sich als zivilgesellschaftliches Netzwerk Ende der 90er Jahre gegründet hat,

um nach innen hin die zunehmend in der Friedensarbeit im In- und Ausland tätigen Organisationen und Personen zu verbinden, und um durch Advocacy-Arbeit die Unterstützung der zivilen Konfliktbearbeitung durch staatliche Politik voranzutreiben. Spannend sei, so die Geschäftsführerin der Plattform, Christiane Lammers, dass Zivilgesellschaft in zweifacher Hinsicht ein Selbstverständnis als außenpolitischer Akteur entwickle: durch zivilgesellschaftliche Praxis im Ausland und durch demokratischen Mitbestimmungswillen im Inland in außenpolitischen Fragen.

An der Situation in den aktuellen Kriseneinsätzen wird heute deutlich, dass nicht allein ein common ground über Werte und Ziele genüge, sondern Funktionsverständnisse von Staat und Gesellschaft im Allgemeinen wie im Konkreten zu klären seien. Handlungsleitend in der politischen Advocacy-Arbeit sind für die Plattform die mit der Zivilen Konfliktbearbeitung verbundenen Prinzipien: gewaltmindernd; solidarisch und emanzipatorisch; nachhaltig; local ownership; zivilgesellschaftliche Autonomie und Dezentralismus, auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips; militär- und rüstungskritisch.

Die Anerkennung der Plattform und ihrer Mitglieder bei fachlich einschlägigen Politikern/innen beruht auf der hohen Fachkompetenz, die durch die Heterogenität der Mitgliederschaft gewährleistet werden kann. Gegenüber staatlichen Akteuren muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass es sich bei der ZKB nicht um ein neues Instrument, sondern um das Ziel eines politischen Paradigmenwechsels handle.

In den letzten 13 Jahren hat sich herausgestellt, so Lammers, dass sich die Organisationsform Netzwerk gut für die Überwindung diverser Spannungsverhältnisse innerhalb der »Szene« eigne: Unabhängigkeit von einzelnen Partikularinteressen, Zusammenarbeit zwischen einzelnen Engagierten und Organisationsvertretern/innen, Fruchtbarmachung der Kompetenzen und Kulturen der verschiedenen »Milieus« und die Verknüpfung von politischen Zielen mit einer alltagsorientierten Pragmatik. Gelungen ist dies durch den stetigen Referenzrahmen »Praxis«.

Mit dem Netzwerkcharakter der Plattform sind aber auch Schwierigkeiten verbunden: die knappe Ressourcenausstattung wie auch die, abgesehen von dem kleinen Kreis der Gremienmitgliedern, nur sporadischen Möglichkeit von gemeinsamen Klärungsprozessen.

Genau hier sahen die Workshopteilnehmer das große Funktionspotenzial der Plattform: zum einen als zentraler Ort für den Austausch unter den Organisationen der zivilen Konfliktbearbeitung und zum anderen als Ort und Träger außen- und sicherheitspolitischer Strategieentwicklung, die mit dieser Zielrichtung nirgends anders ihren Platz hat.

Der Bundesverband der entwicklungspolitischen Organisationen VENRO

Im Mittelpunkt des Bundesverbands der entwicklungspolitischen Organisationen VENRO (www.venro.org) stehen Öffentlichkeitsarbeit und die politischen Rahmenbedingungen für Entwicklungspolitik, begann Robert Lindner, Sprecher der VENRO Afghanistan-AG, seinen Beitrag. Der Verband sei mit einer recht umfangreichen Geschäftsstelle für die Lobbyarbeit gut aufgestellt. Sicherheitspolitische Themen nehmen bei VENRO eine sehr

randständige Rolle ein, wenn dann ist das diesbezügliche Ziel, staatliches Engagement weg von konventionell verstandener Sicherheit und von Militär in Richtung einer zivil geleiteten menschlichen Sicherheit und Armutsbekämpfung zu bewegen. Im Projektumfang der Mitgliedsorganisationen spielen zivile Konfliktbearbeitung und z.B. das deutsche Afghanistan-Engagement im Gegensatz zur hohen öffentlichen Aufmerksamkeit, die diese Themen auf sich ziehen, ebenfalls eine relativ kleine Rolle. Eine Ausnahme bildete die öffentliche Konfrontation um die Afghanistan-Fazilität des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): Diese war seitens der VENRO-Mitglieder gewollt und wurde insbesondere vom VENRO-Vorstand mit Minister Niebel geführt. Gleichzeitig wurde auf Ebene der Mitgliedsorganisationen nach pragmatischen Lösungen gesucht, um die projektbezogene Zusammenarbeit soweit wie möglich fortsetzen zu können.

Im Anschluss an Überlegungen zur Professionalisierung in der Zivilgesellschaft stellte Lindner fest, dass auch VENRO - obwohl der Bundesverband in diesem Themenfeld - bei der Kampagnenarbeit noch effektiver werden könnte. Allerdings sieht sich der Verband in erster Linie nicht als Kampagnenführer, sondern als Lobbyist und Anstoßgeber für entwicklungspolitische Diskussionen. VENRO bemüht sich trotz der notwendigerweise allumfassenden entwicklungspolitischen Breite, die Themenauswahl stärker zu priorisieren. Hierzu ist es u. a. notwendig, die Tätigkeit der 16 thematischen Arbeitsgruppen von VENRO stärker miteinander zu verbinden und so die Potenziale der einzelnen Mitglieder besser nutzbar zu machen.

Lindner hält es auch für wichtig, dass der Verband sein Verhältnis zum Staat ständig kritisch überprüfe. Es geht nicht um Fundamental-Opposition, sondern um konstruktive Gestaltung von konkreter Politik. Erlaubt diese Einstellung beispielsweise offene Gespräche mit der Bundeswehr?

Der Zivile Friedensdienst

Das Programm Ziviler Friedensdienst (ZFD) wird durch Projekte von dt. Friedens- und Entwicklungsorganisationen getragen. Die staatlichen wie nichtstaatlichen Trägerorganisationen arbeiten im sog. Konsortium Ziviler Friedensdienst zusammen. Einer der nichtstaatlichen Projektträger ist das Forum Ziviler Friedensdienst (www.forumzfd.de), deren Ausbildungsinstitution die schon oben erwähnte Akademie für Konflikttransformation ist. Projekte des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) (www.forumzfd.de) arbeiten im Bereich Dialog und ermöglichen Kommunikation zwischen Gruppen, die sonst nicht miteinander ins Gespräch kämen. Ein weiteres Arbeitsfeld des ZFD ist die kommunikative Sozialisierung, wo es gilt, bestimmte Werte in den Prozess der Sozialisierung, etwa in der Kinder- und Jugendarbeit oder der Erwachsenenbildung, einzubringen. Sehr aktiv ist der ZFD auch bei der zivilgesellschaftlichen Kapazitätsbildung, allerdings eingeschränkt nur bei der Kampagnenunterstützung und Öffentlichkeitsarbeit. Ein viertes auch schwächer ausgebildetes Aktivitätsfeld ist der unbewaffnete, individuelle Schutz von bedrohten Aktivisten, den Organisationen wie z.B. Peace Brigades International (PBI) sehr überzeugend leisten.

Eindeutig sind die Hauptfelder des ZFD also bezogen auf die nach innen gerichtete Stärkung der Einzelnen bzw. von Organisationen auf der unteren Ebene. Diese Orientierung zeugt sowohl von einer prinzipiellen Zurückhaltung, als externer Akteur direkt in das Konfliktgeschehen einzugreifen, als auch in die politische Dynamik ande-

rer Gesellschaften einzugreifen, indem etwa Konfliktparteien bei ihrer gesellschaftlichen, politischen und sozialen Mobilisierung unterstützt werden.

Die Arbeit des ZFD konzentrierte sich bisher auf die Stärkung von sogenannten Peace Constituencies, also die Friedensfreunde oder -willigen. Wichtig, so Heinemann-Grüder, ist aber auch die Auseinandersetzung mit der Frage, inwiefern Friedensarbeit ebenso mit problematischen Spoilers, aber extrem wichtigen Actors of Change, kooperieren kann? Fraglich ist zudem der Zeitpunkt friedensdienstlichen Engagements. Bislang ist der ZFD in erster Linie in der Konsolidierungsphase nach Konflikten aktiv, also etwa zehn Jahre nachdem die Waffen zum Schweigen gebracht wurden. Der ZFD könnte auch einen wichtigen Beitrag in der Prävention von Konflikten leisten, wenn es ein entsprechendes Wissensmanagement in den Organisationen gäbe. Klar sei, dass der Friedensdienst keine fundamentalen Sicherheitsprobleme lösen könne, die öffentlich legitimierte, rechtsstaatliche Sicherheitsapparate erforderten. Der ZFD habe deshalb in der heißen Konfliktphase nichts verloren.

Für den ZFD erscheine eindeutig eine strategischere Orientierung nötig: Nur ab einer bestimmten Projektgröße könne strategisch gehandelt werden. Der Projektansatz müsse in ein Programmkonzept mit nationalen Strategien überführt werden.

Die britische NRO Crisis Action

Die NRO Crisis Action (www.crisisaction.org), vorgestellt von Arne Behrens, Mitarbeiter im Berliner Büro, wurde in Großbritannien gegründet nach dem Scheitern der zivilgesellschaftlichen Kampagne gegen die britische Beteiligung am Irak-Krieg. Man wollte seitens der beteiligten NROs mit Crisis Action ein Instrumentarium schaffen, mit dem man schnell und effektiv reagieren und auf Regierungen einwirken könnte. Nach der Gründung in Großbritannien kamen, um international tätig werden zu können, miteinander vernetzte Büros in Brüssel, Paris, Berlin, bei den Vereinten Nationen, bei der Arabischen Liga und bei der Afrikanischen Union hinzu.

Crisis Action versteht sich als Dienstleister für andere NROs, um länderspezifische Konflikte politisch zu bearbeiten. Konkret bedeutet dies, dass sie die zum jeweiligen Konflikt aktiven NROs unterstützen sich zu vernetzen und zu beraten, wie die Politik beeinflusst werden kann, welche Inhalte voran gebracht werden sollen und wie diese Kampagnen umgesetzt werden können. Ihre Stärke schöpfen diese Netze daraus, dass sie in einem ständigen Konsultationsprozess stehen und konstant an einem Thema arbeiten. Crisis Action unterstützt eben diesen Abstimmungsprozess nicht nur national, sondern bietet auch durch ihre Büros auch eine Brücke in andere Länder hinein.

Als Erfolgsbeispiel gilt die Sudan-Kampagne in Deutschland. Ausgehend von einem internationalen Aktionstag anlässlich des 5-jährigen Jubiläums des Comprehensive Peace Agreements für Sudan organisierte Crisis Action gemeinsam mit den deutschen Sudan-NROs eine Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten zur deutschen Sudanpolitik. Die Aktivitäten führten schließlich über einen interfraktionellen Antrag zur Neuausrichtung der deutschen Politik.

Solche Gruppen national zusammen zu bringen, aktiv und initiativ zu halten, bedeutet schon einen großen Aufwand. Die internationale Vernetzung und Abstimmung von Kampagnen ist aufgrund anderer Kulturen und Ansätze in anderen Ländern mit wenigen Ausnahmen bisher nur schwierig möglich.

Die lokalen Friedensstifter Peace Direct

Peace Direct (www.peacedirekt.org) ist eine noch sehr junge Organisation, die lokale Friedensstifter in Konfliktzonen unterstützt, um dadurch lokale Konfliktbearbeitungsansätze zu befördern. In ihrer Arbeit, so berichtete Oliver Dütsch, ehrenamtliches Vorstandsmitglied, stellt Peace Direct einzelne »Friedensstifter« als Personen in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit und bietet diesen eine Anschubfinanzierung für das erste Jahr ihrer Arbeit. Voraussetzung dafür ist eine Erfolgsgeschichte, die die »Friedensstifter« erzählen und Peace Direct nach außen tragen kann. Peace direct hilft nach der Anschubfinanzierung bei der Überleitung zu anderen Geldgebern.

Rahmenbedingungen für die Arbeit der NROs

Hans-Jörg Friedrich, Mitarbeiter des Weltfriedensdienst (www.wfd.de) und einer der Sprecher des Konsortiums Ziviler Friedensdienst (www.ziviler-friedensdienst.org) setzte sich mit der Frage auseinander, inwieweit operativ tätige NROs und exekutive, staatliche Akteure die jeweiligen Rahmenbedingungen beeinflussen. Dabei stellte er fest, dass es einen Trend gibt, die Arbeit von NROs einzuengen. Insbesondere die international zunehmende Ausschreibungspraxis der Finanzierung über Projektausschreibungen statt über Programm- oder Organisationsförderung gefährdet die wichtige langfristige Partnerbindung im Süden. Die Ausschreibungen folgen damit politischen und nicht entwicklungspolitischen Erwägungen.

Hingegen hat sich das BMZ für zivilgesellschaftlichen Einfluss bei der Programmentwicklung geöffnet. Auf der Arbeitsebene des Ministeriums gibt es Interesse, die Rahmenbedingungen mit VENRO auszuhandeln. So öffnet das BMZ die Ausgestaltung seiner Richtlinien ein Stück weit der Diskussion mit der Zivilgesellschaft.

Im Arbeitsfeld des staatlich geförderten Programms Ziviler Friedensdienst (ZFD) gibt es zur Aufarbeitung der im Januar 2012 veröffentlichten Evaluationsergebnisse eine Reihe von Arbeitsgruppen mit Vertretern/innen von BMZ, der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und den zivilgesellschaftlichen Gruppen, um gemeinsam die Programmdetails des ZFD präziser zu definieren. Dies betrifft u.a. die Wirkungsorientierung und die mit dem ZFD verbundenen Strategien. Als Teil dieses Prozesses wurden Pilotprozesse für die Entwicklung von Länderstrategien vereinbart, in denen jeweils miteinander ausgehandelt werden soll, welches die staatlichen Vorgaben sind und was die NROs subsidiär selbst ausgestalten können. Der Prozess soll auch die Festlegung der Ziele dieser Strategien beinhalten. Es wird sich zeigen, wie weit die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren möglich ist.

Effektivität zivilgesellschaftlichen Lobbyings

Aus den Gesprächen wurde klar, dass es über einige persönliche Brücken hinaus eine intensivere und institutionalisiertere Zusammenarbeit z.B. zwischen VENRO und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung geben müsse. Die Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung (www.soziale-verteidigung.de), Dr. Ute Finckh-Krämer, provozierte in ihrem Beitrag zur Effektivität zivilgesellschaftlichen Lobbyings mit einer Feststellung eines Strategen der Anti-Atom-Bewegung, dass die Friedensbewegung ihre Ziele erreichen könnte, wenn sie wollte. Dazu stehen ihr zwei Mechanismen für politischen Wandel zur Verfügung: die Mobilisierung und Veränderung politischer Meinung und der Marsch durch die politischen Institutionen.

Zur Strategiebildung innerhalb dieses Netzwerksverbunds ist es erforderlich, zunächst die eigenen Stärken und Kernkompetenzen zu identifizieren, um auf diese aufzubauen. Für Finckh-Krämer sind das insbesondere die Erfahrung mit Konflikten und die Projekterfahrungen, die zur Illustration und Unterfütterung von neuen Ansätzen herangezogen werden können. Im Sinne der Doppelstrategie »Mitgestaltung staatlicher Politik und Graswurzelpolitik zur Abkehr von militärischer Gewalt« ist hier sowohl eine Verständigung über die gemeinsamen Utopien erforderlich als auch über die Kriterien für realpolitische Lösungen. Insbesondere gelte es, Punkte zu identifizieren, ab denen die Zivilgesellschaft potenzielle Lösungen nicht mehr mittragen könne. Nichtsdestotrotz müsse man lernen, mit zweitbesten Ergebnissen zufrieden zu sein.

In der Diskussion gab es weiterhin die Einschätzung, dass am effektivsten Kampagnen von NROs umgesetzt werden, die auf einen professionellen Kern von Angestellten zurückgreifen können. Eine Ausnahme bildet in Deutschland das Netzwerk Compact, das eine Verbindung neuer (Online-) Mobilisierung mit Teilen der sozialen Bewegungen in Deutschland herstellt und so eine interessante deutsche Adaption der Strategien von MoveOn und Avaaz darstellt. Internationale NROs wie ONE hätten es gegenüber internationalen Netzwerken einfacher, Prioritäten zu setzen und einprägende Kampagnen zu entwickeln, da in allen Zielländern die gleichen Forderungen ohne weitere regionale Abstimmungen gestellt werden könnten. Bei anderen internationalen Organisationen, die anders als ONE auf nationalen Teilorganisationen beruhen, wie z.B. Oxfam, werden Kampagnen auch auf nationaler Ebene entwickelt. Trotz international abgestimmter Kampagnenarbeit würden gleiche Themen national unterschiedlich diskutiert. Gerade deshalb müsse man auch auf die Themensetzung in Netzwerken so einwirken, dass sie sich national umsetzen lassen.

Fazit

In der Abschlussrunde wurde festgestellt, dass professionelle Kampagnen Kapazitäten erfordern, über die Akteure wie die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung nicht verfügen. Allerdings haben diese Organisationen die Funktion, Ideen in einem weiten Umfeld zu entwickeln, die dann zu Kampagnen bzw. Programmen wie dem Zivilen Friedensdienst oder Streitschlichtung an Schulen führen können. Professionelle aufgestellte Akteure können sich diese Themen auch zu eigen machen und in ihre Kampagnenarbeit übernehmen.

Es sei durchaus vorteilhaft, dass Zivilgesellschaft auch den Charme des Unprofessionellen und das Emotionale bewahre. Die Arbeit der unterschiedlichen Akteure erlaubt es, gegenseitig auf die Stärken des anderen aufzubauen: der Campaigner braucht sich die spezifische Regionalkompetenz nicht selbst anzueignen und die Ent-

wicklungsexpertin mit langjähriger Felderfahrung braucht sich nicht in die neuesten Strategien der öffentlichen Kampagnenarbeit einzuarbeiten. Es wurde nochmals darauf verwiesen, dass es »die Zivilgesellschaft« nicht gäbe und somit auch keine singuläre Strategie der Zivilgesellschaft, egal wie groß das Interesse daran sei. Vielmehr müssten einzelne Organisationen ihre jeweiligen Strategien selbst entwickeln und nach innen und außen vertreten. Im Kontext des Aufeinandertreffens mit staatlichen Akteuren, wie beispielsweise in parlamentarischen Anhörungen, sollten sich die beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteure im Vorfeld dennoch bestmöglich absprechen, um ihre Wirkung zu maximieren, stellten die Teilnehmer/innen fest.

Wichtig ist es bei der Gesamtschau der Organisationen, die großen Unterschiede zwischen den Rahmenbedingungen der Entwicklungs- und der Friedensorganisationen nicht zu vernachlässigen: Sie unterscheiden sich durch ihre Größe, ihre Finanzkraft aber auch durch die Öffentlichkeit, die sie für ihre Themen und ihre Arbeit generieren können, was wiederum Auswirkungen auf ihre politische Kraft hat. Für Friedensthemen Aufmerksamkeit und Mitwirkungswillen zu erzeugen ist nach wie vor erheblich schwerer als für entwicklungspolitische Anliegen.

Hinweis

Im Text wird zurückgegriffen auf die bisher nicht veröffentlichten Protokollaufzeichnungen des für die Tagung verantwortlichen Studienleiters, Dr. Marcus Schaper.

Autorin

Christiane Lammers arbeitet seit langem in der Friedens- und Konfliktforschung und ist Geschäftsführerin der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Kontakt:

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Obenmarspforten 7

50667 Köln

Tel + Fax: (02 21) 16 93 24 60

E-Mail: redaktion@konfliktbearbeitung.net

www.konfliktbearbeitung.net

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de